

Landessportbund Brandenburg e.V.
Haus des Sports
Schopenhauerstraße 34
14467 Potsdam

coronahilfe@lsb-brandenburg.de

Vorstandsvorsitzender: Herr Gerlach (03 31) 9 71 98 - 12

ANTRAG

auf Gewährung einer Überbrückungshilfe für von der Coronakrise geschädigte gemeinnützige Träger der Bereiche Bildung, Jugend und Sport im Rahmen der RL-MBJS-Corona-Überbrückungshilfe

1.	Angaben zum Antragsteller/-in	
1.1	Antragsteller	
	Trägername:	
	Rechtsform:	
	Vereinsregisternummer:	
	gemeinnützig:	ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/>
	Straße:	
	PLZ, Ort:	
	Landkreis:	
	Telefon:	
	Telefax:	
	E-Mail-Adresse:	
1.2	Bankverbindung	
	Name Kontoinhaber:	
	IBAN:	
	Kreditinstitut:	
1.3	Bereich der Tätigkeit, für die der Antrag gestellt wird	
	<input type="checkbox"/> Kinder- und Jugendhilfe gemäß SGB VIII <input type="checkbox"/> Träger von Einrichtungen für Leistungen nach §§ 11 bis 14 SGB VIII	
	<input type="checkbox"/> Weiterbildung/Erwachsenenbildung gemäß BbgWBG	
	<input type="checkbox"/> Sport	
	<input type="checkbox"/> außerschulische Lernorte mit spezifischem Angebot für Schülerinnen und Schüler	
	<input type="checkbox"/> anderer Bereich: _____	

2.	Antrag der Überbrückungshilfe (Billigkeitsleistung)	
2.1	Handelt es sich um einen Erstantrag nach dieser bzw. der Richtlinie MBJS-Corona-Soforthilfe?	
	<input type="checkbox"/>	ja
	<input type="checkbox"/>	nein, es wurde ein Antrag auf Soforthilfe nach der Richtlinie MBJS-Corona-Soforthilfe für die Monate von _____ bis _____ gestellt. Bearbeitungsnummer _____
	<input type="checkbox"/>	nein, es wurde ein Antrag auf Überbrückungshilfe nach dieser Richtlinie für die Monate von _____ bis _____ gestellt. Bearbeitungsnummer _____
2.2	Höhe der beantragten Überbrückungshilfe	
	Für den Zeitraum vom _____ bis _____ (max. Zeitraum drei Monate maximal bis zum 31.12.2020) wird eine Überbrückungshilfe nach Ziffer 3.2. der RL-MBJS-Corona-Überbrückungshilfe in Höhe von _____ EUR beantragt. Die beantragte Hilfe entspricht der in der Anlage zum Antrag dargestellten Finanzierungslücke.	
2.3	Grund für die existenzbedrohliche Wirtschaftslage bzw. den Liquiditätsengpass	
	<input type="checkbox"/>	Ich versichere, dass der Antragsteller durch die Corona Pandemie in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten ist, die seine Existenz bedrohen, weil die fortlaufenden Einnahmen voraussichtlich nicht ausreichen, um die Kosten/Verbindlichkeiten in dem o.g. Zeitraum aus dem fortlaufenden Betrieb der Einrichtung zu zahlen (Liquiditätsengpass).
	Träger von Einrichtungen für Leistungen nach §§ 11 bis 14 SGB VIII haben zu bestätigen,	
	<input type="checkbox"/>	dass der Liquiditätsengpass nicht auf einer Kürzung öffentlicher Zuwendungen/Zuschüsse beruht
2.4	Erfolgte ein Antrag auf Corona-Hilfen im Rahmen eines Bundesprogramms?	
	<input type="checkbox"/>	ja, auf eine Hilfe in Höhe von _____ EUR für die Monate von _____ bis _____.
	<input type="checkbox"/>	nein, weil
2.5	Erfolgte ein Antrag auf Kurzarbeitergeld?	
	<input type="checkbox"/>	ja, für _____ von _____ Beschäftigten (Anzahl); das entspricht einer Summe von _____ EUR
	<input type="checkbox"/>	nein, weil (auch bei teilweiser Beantragung eine Begründung für den Umfang der Beantragung von Kurzarbeitergeld)

3. Erforderliche Unterlagen	
	Neben dem vollständig ausgefüllten Antrag (insbesondere Anlagen) sind entsprechend den Erfordernissen der RL-MBJS-Corona-Überbrückungshilfe folgende Unterlagen beigefügt: <i>(Sofern diesem Antrag bereits ein Antrag auf Soforthilfe oder Überbrückungshilfe voraus gegangen ist, ist die erneute Vorlage der Unterlagen nach 3.1 bis 3.7 entbehrlich, sofern sich keine Veränderungen gegeben haben)</i>
3.1	<input type="checkbox"/> Vollmacht oder ein Nachweis der Vertretungsberechtigung des Trägers/Vereins (z.B. Vereinsregisterauszug)
3.2	<input type="checkbox"/> Kopie/Foto des Personalausweises (Vor- und Rückseite) der vertretungsberechtigten Person(en)
3.3	<input type="checkbox"/> Vereinsregisterauszug
3.4	<input type="checkbox"/> Satzung
3.5	<input type="checkbox"/> Nachweis der Gemeinnützigkeit
3.6	<input type="checkbox"/> der von der Mitgliederversammlung oder einem vergleichbaren Verbandsgremium zuletzt beschlossene Haushalts- oder Wirtschaftsplan, aus dem sich die laufenden Personal- und Sachkosten vor der Corona-Krise ergeben
3.7	<input type="checkbox"/> Ggf. Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe nach § 75 SGB VIII
3.8	<input type="checkbox"/> Ggf. Glaubhaftmachung der monatlichen Betriebskosten sowie des Liquiditätsengpasses durch die Bestätigung eines Steuerberaters/Wirtschaftsprüfers (ab 10.000 Euro beantragter monatlicher Hilfe)

4. Erklärungen des Antragstellers	
4.1	Mir ist bekannt, dass es sich bei den Angaben um subventionserhebliche Tatsachen i. S. d. § 264 des Strafgesetzbuches i. V. m. § 2 des Subventionsgesetzes vom 29.07.1976 (BGBl. I S. 2037) und § 1 des Brandenburgischen Subventionsgesetzes vom 11.11.1996 (GVBl. I S. 306) handelt. Mir ist bekannt, dass vorsätzlich oder leichtfertig falsche oder unvollständige Angaben sowie das vorsätzliche oder leichtfertige Unterlassen einer Mitteilung über Änderungen in diesen Angaben die Strafverfolgung wegen Subventionsbetrug (§ 264 StGB) zur Folge haben können.
4.2	Ich versichere, dass ich alle Angaben nach bestem Wissen und Gewissen und wahrheitsgetreu gemacht habe.
4.3	Ich bestätige, dass ich alles unternommen habe, um die laufenden Kosten so weit wie möglich zu reduzieren, zum Beispiel durch Kurzarbeit, und die Einnahmen so weit wie möglich zu erhöhen, z. B. zustehende Versicherungsleistungen aus Absicherung von Betriebsunterbrechungen oder Betriebsausfall sowie Leistungen Dritter und dies bei der Ermittlung der beantragten Überbrückungshilfe berücksichtigt habe.
4.4	Ich bestätigte, dass ich beantragte Leistungen Dritter, andere Hilfen des Landes oder des Bundes, auch wenn sie noch nicht bewilligt und ausgezahlt wurden, bei der Antragsstellung angegeben und bei der Ermittlung des Zuschusses angerechnet habe.
4.4	Ich versichere, dass der Betrieb soweit es die Nachfrage und die Corona-Umgangsverordnung zulassen möglichst weitgehend als Normalbetrieb (ggf. mit digitalen Angeboten) stattfindet.
4.5	Ich bestätige, dass ich der Bewilligungsbehörde und sonstigen zuständigen Behörden auf Verlangen die zur Aufklärung des Sachverhalts und Bearbeitung meines Antrags erforderlichen Unterlagen und Informationen unverzüglich zur Verfügung stelle.
4.6	Ich nehme zur Kenntnis, dass die Überbrückungshilfe als Einnahme steuerbar ist und kein Rechtsanspruch auf die Gewährung der Billigkeitsleistung besteht. Im Falle einer Überkompensation ist die zu viel erhaltene Billigkeitsleistung zurückzuzahlen.

4.7	Der Verarbeitung meiner personenbezogenen Daten zum Zwecke der Antragsbearbeitung und nachgelagerter Prüfung stimme ich zu.
4.8	Mit der Kommunikation und Übermittlung rechtserheblicher Erklärungen über unverschlüsselten E-Mail-Verkehr bin ich einverstanden.
4.9	Ich erkläre mich damit einverstanden, dass aus Gründen der Transparenz gewährte Überbrückungshilfen von mehr als 100.000 Euro innerhalb von zwölf Monaten ab dem Zeitpunkt ihrer Gewährung mit allen relevanten Informationen entsprechend der Anlage III der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung auf einer Beihilfenwebsite oder über das IT-Instrument der Kommission veröffentlicht werden.

5.	Rechtsverbindliche Unterschrift(en)	
	Unterschrift(en)	
	Name(n) in Druckbuchstaben	
	Ort, Datum	

Anlage 1 zum Antrag

Kosten und Einnahmen der Einrichtung

1.	Kosten für den Zeitraum der beantragten Überbrückungshilfe (max. drei Monate)	
1.1	Personalkosten, gesamt: (dazu zählen z.B. Ausgaben für Vollbeschäftigte, Kosten für Kurzarbeit inkl. ggf. einer Aufstockung und Kosten für den Einsatz von Freiwilligendienstlern)	EUR
1.2	Sachkosten, gesamt: (dazu zählen z.B. Abgaben/Steuern, Betriebs- und Verwaltungskosten, Mieten/Leasing, Instandhaltung, Zinszahlungen, vertraglich verpflichtend zu leistende Zahlungen an Dritte)	EUR
	davon:	EUR
		EUR
		EUR
		EUR
		EUR
		EUR
		EUR
		EUR
		EUR
1.3	Gesamtkosten (Personal- und Sachkosten)	EUR

2.	Finanzierung für den Zeitraum der beantragten Überbrückungshilfe (max. drei Monate) durch	
2.1	Eigenmittel (z.B. Rücklagen, Mitgliedsbeiträge, Bankguthaben):	EUR
	davon: nicht zweckgebundene Rücklagen	EUR
		EUR
		EUR
2.2	Zinseinnahmen:	EUR
2.3	Einnahmen aus anderen Überbrückungs-/Soforthilfen:	EUR
2.4	Einnahmen aus Kurzarbeitergeld:	EUR
2.5	Zuwendung des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport:	EUR
2.6	Zuwendungen anderer Ressorts (bitte auflisten):	
		EUR
2.7	Förderung Dritter außerhalb der Landesregierung	EUR
2.8	sonstiges (bitte auflisten)	
		EUR
		EUR
2.9	Gesamteinnahmen	EUR

3.	Finanzierungslücke für den Zeitraum der beantragten Überbrückungshilfe (max. drei Monate)	EUR
4.	beantragte Überbrückungshilfe	EUR

5.	Informationen zur aktuellen Finanzsituation des Trägers zwecks Darlegung der existenzbedrohliche Wirtschaftslage	
	Nicht zweckgebundene Rücklagen	EUR
	Zweckgebundene Rücklagen für	EUR
	Zweckgebundene Rücklagen für	EUR
	Sonstiges Bankguthaben	EUR

Bitte erläutern Sie kurz, wenn die zweckgebundene Rücklage mehreren Zwecken dient:

**Erklärung über beantragte/erhaltene Kleinbeihilfen
zum Antrag
RL-MBJS-Corona-Überbrückungshilfe**

Die Kleinbeihilfen sind Beihilfen nach der „Bundesregelung Kleinbeihilfen 2020“, die auf der Grundlage des „Vorübergehenden Gemeinschaftsrahmens für staatliche Beihilfen zur Erleichterung des Zugangs zu Finanzierungsmitteln im Zusammenhang mit dem Ausbruch von COVID-19“ (ABl. der EU C/91 I vom 20.3.2020, geändert durch C(2020) 2215 vom 3. April 2020, C(2020) 3156 vom 8. Mai 2020 und C(2020) 4509 vom 29. Juni 2020)) von der Europäischen Kommission für Deutschland genehmigt wurden (Entscheidung der Kommission vom 27.07.2020, SA.58021). Nach der „Bundesregelung Kleinbeihilfen 2020“ dürfen alle dem Unternehmen im Zeitraum vom 19.03.2020 bis 31.12.2020 gewährten Kleinbeihilfen den maximal zulässigen Höchstbetrag von 800.000 EUR nicht übersteigen. Für Unternehmen, die im Fischerei- und Aquakultursektor tätig sind, gilt ein Höchstbetrag von 120.000 EUR. Für Unternehmen, die in der Primärerzeugung landwirtschaftlicher Produkte tätig sind, gilt ein Höchstbetrag von 100.000 EUR.

Die Bewilligungsstelle ist verpflichtet, bei Beantragung einer Kleinbeihilfe nach § 3 Absatz 1 der „Bundesregelung Kleinbeihilfen 2020“ vom begünstigten Unternehmen eine vollständige Übersicht der seit 19.03.2020 beantragten und erhaltenen Kleinbeihilfen zu verlangen, um die Einhaltung des jeweils geltenden Höchstbetrages an Kleinbeihilfen zu gewährleisten.

Antragsteller _____

Hiermit bestätige ich, dass ich über die hier beantragte Kleinbeihilfe hinaus

- keine weiteren Kleinbeihilfen
- die nachstehend aufgeführten Kleinbeihilfen erhalten bzw. beantragt habe(n):

Datum Zuwendungs- bescheid/ Vertrag	Beihilfegeber	Aktenzeichen/ Projekt-Nr.	Beihilfewert in EUR
Gesamt			

Ich verpflichte mich Änderungen oder Ergänzungen zu sämtlichen in dieser Erklärung enthaltenen Angaben der Bewilligungsstelle mitzuteilen, sofern sie mir vor der Zusage der hier beantragten Kleinbeihilfe bekannt werden.

Mir ist bekannt, dass die in dieser Erklärung anzugebenden Tatsachen subventionserheblich im Sinne des § 264 des Strafgesetzbuches (StGB) i. V. m. § 2 Subventionsgesetz vom 29.07.1976 (BGBl. I, S. 2037) sind und unrichtige, unvollständige oder unterlassene Angaben, die subventionserhebliche Tatsachen betreffen und dem Zuwendungsempfänger zum Vorteil gereichen, als Subventionsbetrug strafbar sind.

Ort, Datum

Unterschrift